

## ***"Für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab dem ersten Geburtstag"***

Rede von Andrea Ypsilanti vor dem Hessischen Landtag, 07. März 2007, zum Antrag „Hessen braucht eine familienpolitische Initiative“.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

„Zunächst einmal möchte ich der Bundesfamilienministerin der CDU, Frau von der Leyen, danken, dass sie die gute, vorausschauende Familienpolitik der Ministerinnen Christine Bergmann und Renate Schmitt fortführen will.

Denn es war eine vorbildliche, zukunftsweisende Politik für Familien und für Frauen und es ist vor allem Renate Schmidt gelungen, das Familienthema von einem noch nicht wirklich anerkannten, harten Zukunftsthema zu einem Kompetenzthema meiner Partei zu machen. Ich weiß, das war auch in unseren Reihen manchmal das Bohren dicker Bretter. Ich bin jetzt aber stolz darauf, dass auch alle Männer in der SPD diese zukunftsweisende Politik mit unterstützen und voranbringen.

Die Äußerungen Ihrer Familienministerin wurden von Ihrer Partei jedoch mit großem Husten begleitet, denn es hat doch immerhin ziemlich viel Staub von ihrem alten Familienbild, aufgewirbelt.

Also da war dann die Frage: Sollen Frauen wirklich arbeiten, wenn sie (kleine) Kinder haben? Da wird dann viel von Wahlfreiheit gesprochen.

Ja, natürlich: Frauen müssen wählen können. Aber können Frauen denn auch wirklich wählen. Ist es denn nicht so – unter heutigen Verhältnissen – dass Frauen oder Männer meistens gar nicht mehr die Wahl haben, sondern dass sie arbeiten müssen. Wenn sie Jobs haben im Niedriglohnsektor, wenn sie Einkommen haben, von denen sie und ihre Familien von einem Gehalt gar nicht mehr leben können? Und über die „Wahlfreiheit“ von Männern habe ich in der CDU noch nie jemanden philosophieren hören.

Unseren europäischen Nachbarn muss Ihre Diskussion doch wie ein historisches Doku-Drama vorkommen. Schauen Sie in die skandinavischen Länder. Schauen Sie nach Frankreich! Dort stellt sich die Frage, ob Frauen mit Kindern arbeiten dürfen überhaupt nicht mehr – und das ist auch gut so.

Und in Ihrer Partei, Herr Koch und Frau Lautenschläger, ist das ideologische Familienbild und das anachronistische Frauenbild noch lange nicht überwunden. Ich kann für die Sozialdemokratische Politik mit großem Selbstbewusstsein feststellen, dass wir unsere Politik an den realen Bedürfnissen und Wünschen realer Kinder und Eltern ausrichten.

Und das sind mit Sicherheit nicht der Wunsch nach dem

Besuch eines Familientages und der Genuss eines Grußwortes von Frau Lautenschläger.

Das ist eine Politik für eine Kinderbetreuung unter drei Jahren: ganz konkret, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab dem ersten Geburtstag. Das ist eine Politik für längere und flexiblere Öffnungszeiten bei Ganztagsbetreuung.

Das ist eine Politik für kleine Gruppen und einen besseren Betreuungsschlüssel. Das ist eine Politik für Fort-, Aus- und Weiterbildung der engagierten hessischen Erzieherinnen und Erzieher und das ist eine Politik für ein verbindliches letztes Kindergartenjahr. Und das ist eine Politik für echte Ganztagschulen mit mehr Bildung und Betreuungssicherheit.

Wahlfreiheit braucht aber reale Rahmenbedingungen. Eine autoritäre Zwangsbeglückung mit verstaubten Familien- und Frauenbildern brauchen Eltern und Kinder nicht. Was sie brauchen, sind reale Rahmenbedingungen keine virtuellen und wer es ernst meint, der muss dafür auch Geld in die Hand nehmen. Aber im Gegensatz zu Ihrer Ministerin in Berlin, die lobenswerterweise nicht zu den Akten gelegt hat, was sie an Hinterlassenschaften in den Schubladen ihres Ministeriums gefunden hat, im Gegensatz zu ihr haben sich die Ministerinnen meiner Partei auch immer um die Finanzierung ihrer Forderungen gekümmert.

Unsere Ministerinnen haben sich die schmerzhaften Fragen der Finanzierung ohne Neuverschuldung gestellt und dann wird es

ja erst spannend, denn dann wird es strittig. Und dann zeigt sich, wie ernst die Vorschläge gemeint sind.

Und dieser schwierigen Frage ist die SPD nicht ausgewichen. Sie ist ihr nicht ausgewichen, sondern sie hat sich dazu bekannt, dass für solche Riesen-Schritte alle politischen Ebenen zur Finanzierung herangezogen werden müssen. Wir reden hier über 6 Mrd. € bis 2010. Die SPD hat anerkannt, dass der Bund dazu seinen Teil leisten muss.

Nun liegen diese Finanzierungsvorschläge auf dem Tisch und in Ihrer Partei streitet man sich darüber, ob man das Geld nehmen soll oder darf oder nicht.

Oder es gibt eine Diskussion darüber, ob die Finanzierungsvorschläge gerecht wären oder nicht. Gerade Sie und Ihre Partei, die CDU in Hessen, sollen sich ein Urteil darüber erlauben können, was gerecht ist.

Sie, die den größten sozialen Kahlschlag in Hessen zu verantworten haben. Die gerade in der Frage der Familienförderung den Kommunen Geld entzogen haben, die gerade bei der Frage Beratung und Eingliederung von Frauen den Kommunen Geld entzogen haben.

Gehen wir mal dem Vorwurf der Ungerechtigkeit bei der Frage des Kindergeldes nach: Ja, wir haben gesagt: Man kann auf eine Anhebung des Kindergeldes, das mit zehn Euro pro Monat beziffert worden ist, verzichten und dafür investieren wir in

Kinderbetreuungsplätze. Herr Koch, wenn Sie sagen, wir machen eine Unternehmenssteuerreform, bei der wir diese 6 Mrd. nicht den Unternehmen schenken, sondern das Geld behalten und es in Betreuung investieren. Dann haben wir zwar kein Koch-Steinbrück-Papier aber einen Koch-Ypsilanti-Kompromiss, dann haben Sie meine Unterstützung.

Da ich daran aber nicht glaube, bleiben wir beim SPD-Papier: 10 Euro pro Monat sind 120 Euro pro Jahr. Wir haben aber gleichzeitig gesagt, und das dürfen Sie nicht verschweigen, dass wir auch bis 2010 die Kindergartengebühren freistellen wollen. Rechnen Sie das doch einmal genau nach! Rechnen Sie doch einmal die Einsparungen bei den Kindergartengebühren gegen 120 Euro im Jahr beim Kindergeld auf.

Wenn Sie sagen: Das trifft nur die jungen Familien mit kleinen Kinder, ist das in der Tat richtig! Aber alle Untersuchungen sagen uns doch, dass gerade die jungen Familien, also die, die kleine Kinder im Kindergartenalter haben, am stärksten auf materielle Unterstützung angewiesen sind.

Und damit das auch ganz klar ist: Die Frage der Kinderbetreuung ist nicht die Gretchenfrage in der Familienpolitik. Sie ist ein Mosaikstein – zugegeben ein großer Mosaikstein, aber sie ist nicht alles. Familienpolitik ist Mehr!

Machen wir doch einmal die Probe aufs Exempel. Was haben Sie für Familien in der Bildungspolitik gemacht? Die Kinder stehen unter Druck mit G 8. Dieser Druck wird von den

Schulen auf die Kinder, von den Kindern auf die Eltern übertragen. Sie haben Stress in die Familien gebracht und schlechte Stimmung unter den Eltern. Sie haben die Auslese im vierten Schuljahr zementiert, Sie haben Stress in die Familien gebracht, weil im vierten Schuljahr entschieden wird, ob das Kind auf eine weiterführende Schule gehen darf oder nicht. Danach gibt es nur noch den Weg nach unten.

Was haben Sie für Familien gemacht im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das heißt berufstätige Väter und Mütter: Sie haben die Arbeitszeit auf 42 Stunden verlängert: Das heißt 8,4 Stunden täglich, das heißt 9 Stunden mit Pausen, das heißt 10 Stunden, wenn man eine halbe Stunde Anfahrtsweg in Kauf nimmt. 10 Stunden weg von zu Hause.

Wenn Sie das unter Familienförderung verstehen, dann haben Sie keine Ahnung von Familienpolitik.

Familien brauchen auch Zeit! Was haben Sie für Familien getan in der Frage der Ladenöffnungszeiten? Mütter und Väter können nun bis 22.00 Uhr bzw. bis 24.00 Uhr einkaufen. Aber wer sitzt an den Kassen? Wer füllt die Regale? Wer muss Schicht arbeiten? Das sind vor allem Frauen. Auch das kein glanzvolles Beispiel für Familienpolitik.

Familien brauchen finanzielle Absicherung. Sie verweigern sich der Debatte um den Mindestlohn, obwohl Sie wissen, dass viele Familien von dem was ein Vater oder eine Mutter

verdient, nicht mehr leben können. Kinder, die in Armut aufwachsen sind eine Schande für Deutschland. Zur Familienpolitik gehört ein umfassender Politikansatz. Es reicht nicht, bei der Betreuung stehen zu bleiben und die soziale Lage von Familien aus dem Blick zu nehmen.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben für die reale Lage der Familien nichts getan. Sie sind deshalb an dieser Frage absolut unglaubwürdig und das haben die Menschen in diesem Land verstanden!

Und zu Ihnen, Frau Sozialministerin: Wir haben uns eigentlich schon lange gefragt, warum Sie in dieser Legislaturperiode noch nie eine Regierungserklärung abgegeben haben, aber eigentlich muss man sich darüber nicht wundern, denn Sie haben im Grundsatz ja auch nichts zu sagen."